

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Preissorgen in Westeuropa

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1972) : Preissorgen in Westeuropa, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 10, pp. 525-528

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134455>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Preissorgen in Westeuropa

Günter Großer, Hamburg

Vor nunmehr einem Jahr befand sich die Weltwirtschaft in einer Phase, in der alle wichtigen wirtschaftspolitischen Ziele zugleich verletzt oder zumindest gefährdet waren. Die wirtschaftliche Expansion verlief sowohl in den USA wie auch in Westeuropa und Japan so langsam, daß die Beschäftigung des Produktions- und Arbeitskräftepotentials zurückging bzw. auf unbefriedigendem Stand verharrte. Zugleich herrschte ein weltweiter Preisauftrieb von ungewohnter Stärke. Und schließlich war nach der Suspendierung der Goldkonvertibilität des Dollars und der Einführung importhemmender Maßnahmen in den USA die schon lange schwelende Krise in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen offen ausgebrochen.

Währungspolitische Beruhigung

Unter weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten stellte sicherlich der drohende Zusammenbruch des nach dem Kriege aufgebauten internationalen Handels- und Währungssystems das schwerwiegendste Problem dar, war doch damit die internationale Arbeitsteilung nachhaltig gefährdet, deren Intensivierung die Basis der Wohlstandsteigerung in den außeramerikanischen Industrieländern während des letzten Vierteljahrhunderts gebildet hatte. Die Unternehmer in diesen Ländern reagierten denn auch völlig konsequent mit einer zusehends verstärkten Zurückhaltung in ihren Investitionsentscheidungen. Die Washingtoner Vereinbarungen vom Dezember 1971, in deren Mittelpunkt die Neuordnung der Wechselkurse stand, hatten daher über ihre währungspolitische Bedeutung hinaus unmittelbar konjunkturpolitische Relevanz, wie die wieder optimistischeren Dispositionen der Unternehmer in der Folgezeit zeigten. Die schon ein halbes Jahr später aus-

gebrochene Pfundkrise ließ zwar einerseits die fortdauernde Labilität in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen erkennen, aber die rasche Lokalisierung der erneuten Zuspitzung deutet zumindest darauf hin, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen zunächst Zeit gewonnen haben, um eine dauerhafte Lösung für die Handels- und Währungsprobleme zu finden.

Kurzfristig rückten damit im wirtschaftspolitischen Zielbündel wieder Wachstum, Beschäftigung und Preisentwicklung in den Vordergrund. Und auch hier zeichnen sich partielle Erfolge ab. Denn die meisten westlichen Industrieländer befinden sich gegenwärtig in einer Phase konjunktureller Erholung: Nachfrage und Produktion haben sich im Laufe dieses Jahres deutlich belebt. Das gilt sowohl für Nordamerika und Japan wie auch für Westeuropa insgesamt. Das Bruttosozialprodukt der OECD-Länder wird daher 1972 um mindestens 5,5 % gegenüber dem Vorjahr zunehmen, nach nur 3,3 % im Jahre 1971. Die Beschleunigung ist besonders ausgeprägt in den USA, wo sich die Wachstumsrate mehr als verdoppelt, dagegen ist sie in Westeuropa noch mäßig. Abgesehen von Frankreich und Österreich, die sich dem konjunkturellen Abschwung 1970/71 weitgehend entziehen konnten, weisen nämlich die westeuropäischen Industrieländer 1972 nur Wachstumsraten zwischen 3 und 4 % auf (vgl. Tabelle 1). Darin

Günter Großer, 41, Diplom-Volkswirt, ist stellvertretender Leiter der Abteilung „Konjunktur und Statistik“ des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

schlägt sich zumeist der relativ niedrige Ausgangsstand an der letzten Jahreswende nieder, die laufende Expansionsrate der Produktion entspricht 1972 bereits wieder höheren Werten.

Unbefriedigende Beschäftigungslage

Der Umschwung in der konjunkturellen Entwicklung hat allerdings bisher die vielfach unbefriedigende Beschäftigungslage nicht oder zumindest nicht nennenswert verbessert. Die offene Arbeitslosigkeit, ausgedrückt als Prozentsatz der zivilen Erwerbsbevölkerung, erreichte zur Jahresmitte 1972 bei Ausschaltung der Saisoneinflüsse in den USA noch 5½ %, in Großbritannien, Italien und den Niederlanden zwischen 3 und 3½ %. In diesen Ländern herrschte mithin Unterbeschäftigung. Aber auch Arbeitslosenquoten von über 2 % wie in Frankreich, Belgien und Schweden sind kaum mit dem angestrebten Beschäftigungsziel vereinbar. Dieses wurde in Westeuropa nur in den von der Konjunkturflaute 1970/71 weitgehend verschonten Ländern Norwegen, Österreich und Schweiz realisiert sowie in der BR Deutschland, wo der Abschwung lediglich die Überbeschäftigung beseitigte; die wie oben definierte Arbeitslosenquote stieg in der Bundesrepublik von 0,5 % im Jahresdurchschnitt 1970 auf saisonbereinigt rund 1 % zur Jahresmitte 1972.

Das keineswegs erfreuliche Gesamtbild der Beschäftigungslage in den Industrieländern wird sich auch bis zum Jahresende noch nicht wesentlich ändern. Immerhin gibt es erste Anzeichen,

daß die Arbeitskräftenachfrage ihren konjunkturellen Tiefpunkt in den meisten Industrieländern erreicht oder auch schon überwunden hat. Damit läßt sich jedenfalls für den weiteren Fortgang des Konjunkturaufschwungs eine Verbesserung der Beschäftigungslage prognostizieren.

Offensichtlich wird der Produktionsanstieg in den westlichen Industrieländern gegenwärtig nicht durch das Anlage- und Arbeitskräftepotential begrenzt, sondern durch die Nachfrageentwicklung. Dieses Faktum ist um so bemerkenswerter, als die Gesamtnachfrage, gemessen am nominalen Bruttosozialprodukt, 1972 in den OECD-Ländern mit schätzungsweise 10,5 % stärker expandiert als jemals in den letzten zwanzig Jahren. Die Zunahme bleibt auch in keinem einzelnen Land unter 8,5 % (vgl. Tabelle 1). Wenn dennoch in so beachtlichem Umfang Produktivkräfte ungenutzt bleiben, so liegt die Erklärung in den meisten Ländern, namentlich in Westeuropa, in dem weiterhin überaus kräftigen Kosten- und Preisauftrieb.

Sozialprodukt weiter kräftig verteuert

Die Preiskomponente bei der Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts der OECD-Länder, die sich von 1967 bis 1970 auf nahezu 6 % verdoppelt und 1971 erst geringfügig vermindert hatte, wird zwar 1972 merklich zurückgehen, aber immer noch über 4,5 % erreichen. Sie wird damit erstmals seit 1968 wieder niedriger sein als der reale Produktionsanstieg. Darin spiegelt sich jedoch in erster Linie nur die günstige Entwicklung

Tabelle 1
Entwicklung des Bruttosozialprodukts in den wichtigsten westlichen Industrieländern
(Jährlicher Anstieg in %)

Land	BSP in konstanten Preisen			BSP in laufenden Preisen			Preisindex des BSP		
	1969-70 a)	1971	1972 b)	1969-70 a)	1971	1972 b)	1969-70 a)	1971	1972 b)
USA	4,0	2,7	6,5	6,8	7,5	10,0	2,7	4,7	3,5
Kanada	5,2	5,5	6,0	8,4	8,9	10,0	3,0	3,3	4,0
Japan	11,1	6,4	8,0	16,4	11,3	13,5	4,8	4,6	5,0
Westeuropa c)	4,9	3,1	4,0	9,2	10,6	10,5	4,1	7,4	6,5
Belgien	4,9	3,7	3,5	8,5	9,6	8,5	3,4	5,6	5,5
BR Deutschland	4,8	2,8	3,0	8,5	10,7	9,5	3,5	7,6	6,0
Frankreich	5,8	5,2	5,5	10,5	10,2	11,0	4,4	4,7	5,5
Großbritannien	2,7	1,0	3,5	6,9	12,5	12,0	4,1	11,1	8,0
Italien	5,7	1,4	3,5	10,4	8,1	9,0	4,4	6,6	5,5
Niederlande	5,1	4,0	3,5	10,1	12,0	11,5	4,8	7,7	7,5
Österreich	4,7	5,2	5,0	8,6	11,2	11,5	3,7	5,7	6,0
Schweden	4,4	0,3	3,0	8,9	7,4	9,0	4,3	7,1	6,0
Schweiz	4,5	4,0	4,0	8,9	13,5	12,5	4,2	9,0	8,0
Industrieländer c) insges.	4,8	3,3	5,5	8,4	9,1	10,5	3,4	5,6	4,5

a) Durchschnittliche jährliche Veränderung. — b) Vorausschätzung; auf halbe Prozente gerundet. — c) OECD-Länder.
Quelle: Nach OECD: National accounts of OECD countries 1960—1970, und HWWA: Weltkonjunkturdienst, 3/72.

in den USA wider. In Westeuropa wird dieses „Mißverhältnis“ von Preis- und Produktionsanstieg immer noch sehr ausgeprägt sein. Der Preisindex des Bruttosozialprodukts dürfte sich hier in allen Ländern um Raten zwischen 5,5 und 8 % erhöhen – gegenüber maximal 3,5 % in den USA (vgl. Tabelle 1).

Ein Vergleich dieser Art ist allerdings nur begrenzt aussagefähig im Hinblick auf die komparative Entwicklung der Preise von Gütern und Dienstleistungen in den einzelnen Ländern. Denn definitionsgemäß mißt der Preisindex des Bruttosozialprodukts lediglich die Preisentwicklung der Produktionstätigkeit von Inländern, während in das Gesamtangebot in mehr oder minder großem Umfang auch Einfuhrgüter eingehen. Dies führt z. B. dazu, daß nach einer Aufwertung das Preisniveau in einem Lande infolge der Verbilligung der Einfuhr sinken kann, der Preisindex des Bruttosozialprodukts aber steigt. Er zeigt in diesem Falle nur an, daß die Wechselkursbedingte Ermäßigung der Einfuhrpreise nicht durchgehend an die Abnehmer weitergegeben worden ist. Ein anderes, technisches Problem ist die Bestimmung eines Teuerungsfaktors für die Leistungen des Staatssektors. Die dabei bestehenden Schwierigkeiten schränken die Aussagefähigkeit eines internationalen Vergleichs auf diesem Gebiet ein. Häufiger als die Preisindizes des Bruttosozialprodukts werden aus diesem Grunde die Preisindizes für die Lebenshaltung miteinander verglichen. Auch dieser Ansatz ergibt jedoch nur begrenzt verwendbare Ergebnisse. Einmal beziehen sie sich lediglich auf den privaten Verbrauch, d. h. im Durchschnitt der OECD-Länder auf 60 % des Bruttosozialprodukts. Zum anderen werden die statistischen Probleme – Zusammenstellung des Warenkorb, Auswahl repräsentativer Preise, Berücksichtigung von Qualitätsänderungen – in den einzelnen Ländern nicht gleichartig gelöst, so daß allein hieraus Abweichungen auch in der Entwicklung folgen. Vielleicht können aber die relativ geringen Korrekturen des Preisverlaufs, die sich erfahrungsgemäß bei den Indexumstellungen des Statistischen Bundesamtes für die Bundesrepublik ergeben, als Indiz dafür betrachtet werden, daß die methodischen Schwierigkeiten die internationale Vergleichbarkeit der Preisindizes für die Lebenshaltung jedenfalls nicht entscheidend beeinträchtigen. Besonders gilt dies bei kurzfristiger Betrachtung.

Westeuropa: Verbraucherpreise stark erhöht

Die für Juli 1972 vorliegenden Angaben unterstreichen die gegenwärtige „Inflationsführerschaft“ der westeuropäischen Volkswirtschaften. Im Durchschnitt hatte sich hier die Lebenshaltung

innerhalb Jahresfrist um 6 % verteuert, gegenüber Erhöhungen um „nur“ 3 % in den USA und 4,5 % in Kanada und Japan. Diese Rate für Westeuropa ist zwar im vergangenen Jahr bereits einmal leicht übertroffen worden. Eine neue Erfahrung aber ist die geringe Streuung: Es gibt nunmehr in diesem Raum kein Industrieland mehr, in dem die Verbraucherpreise um weniger als

Tabelle 2
Entwicklung der Preisindizes
für die Lebenshaltung in den wichtigsten
westlichen Industrieländern

(Jährlicher Anstieg in %)

Land	1958 bis 1967 a)	1968	1969	1970	1971	1972 b)
USA	1,7	4,2	5,4	5,9	4,3	3,0
Kanada	2,0	4,1	4,6	3,3	2,9	4,5
Japan	4,3	5,3	5,2	7,8	6,1	4,6
Westeuropa c)	3,4	3,1	4,4	5,1	6,3	5,9
Belgien d)	2,3	2,7	3,8	3,9	4,3	5,6
BR Deutschland	2,3	1,6	2,7	3,8	5,2	5,6
Frankreich	4,9	4,5	6,4	5,5	5,6	6,0
Großbritannien	2,9	4,7	5,4	6,4	9,4	5,8
Italien	3,5	1,4	2,6	5,0	4,9	5,5
Niederlande	3,2	3,7	7,5	4,4	7,6	7,3
Österreich	3,2	2,8	3,0	4,4	4,7	6,1
Schweden	3,8	1,9	2,8	6,8	7,6	7,1
Schweiz	2,7	2,5	2,5	3,6	6,6	6,4

a) Durchschnittliche jährliche Veränderung. — b) Juli 1972 gegenüber Juli 1971. — c) Gewogener Durchschnitt der genannten Länder. — d) Ohne Mieten.

Quelle: Nach OECD: Main economic indicators, Consumer price indices, sowie nach nationalen Statistiken.

5,5 % gestiegen sind (vgl. Tabelle 2). Bemerkenswert ist außerdem, daß im Vergleich kein Zusammenhang zwischen der jeweiligen Beanspruchung der Produktionsfaktoren und der jeweiligen Teuerungsrate sichtbar wird. An der Untergrenze etwa liegen nebeneinander einerseits Italien, die Volkswirtschaft mit der wohl größten Unterbeschäftigung, und andererseits die BR Deutschland mit einer noch relativ hohen Auslastung der Produktionsfaktoren. Auf etwas höherer Ebene gilt das gleiche für Großbritannien und Frankreich. Und schließlich zählt Schweden, weitgehend von einer gerade überwundenen Rezession gekennzeichnet, zu den Ländern mit der höchsten, über 7 % hinausgehenden Teuerungsrate.

Auch für das gesamte Jahr 1972 wird sich in den westeuropäischen Volkswirtschaften ein Anstieg der Preise für die Lebenshaltung von durchschnittlich rund 6 % ergeben. Damit setzt sich die bereits seit mehreren Jahren andauernde inflationäre Phase der wirtschaftlichen Entwicklung ungebrochen fort. Selbst im Durchschnitt der letzten fünf Jahre, d. h. etwa über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg, erreichte die Teuerungsrate in Westeuropa nunmehr rund 5 %, ver-

glichen mit noch annähernd 3,5 % in den beiden vorangegangenen Fünfjahresabschnitten. Auch in den meisten einzelnen Volkswirtschaften erweisen sich die letzten fünf Jahre als die Periode mit den stärksten Preissteigerungen; in verschiedenen Ländern war allerdings die inflationäre Entwicklung früher bereits einmal stärker ausgeprägt, so Ende der fünfziger Jahre in Frankreich und etwas später in Italien.

Inflationäre Tendenzen halten an

Einige Zeit lang ließ sich die Ansicht vertreten, daß eine deutliche Reaktion der Kosten- und Preisentwicklung in Westeuropa auf die konjunkturelle Abschwächung 1970/71 nur länger als gewohnt auf sich warten lassen werde, zumal erste Anzeichen bei den Lohnkosten und den industriellen Erzeugerpreisen durchaus erkennbar wurden. Aber die jüngsten Daten deuten nicht mehr in diese Richtung. Hatte etwa der Lohnauftrieb zeitweise wenigstens in einzelnen Ländern nachgelassen, so scheint jetzt bereits wieder die umgekehrte Tendenz zu überwiegen; insgesamt ist so in Westeuropa auch in der Phase der konjunkturellen Produktionsbelebung kaum mit einer nachhaltigen Verringerung des immer noch sehr kräftigen Anstiegs der Stückkosten zu rechnen. In die gleiche Richtung deutet die Beobachtung, daß sich die Erhöhung der Großhandelspreise für industrielle Halb- und Fertigwaren – soweit es dafür Indizes gibt – im Laufe dieses Jahres nicht weiter verlangsamt und in verschiedenen Ländern sogar wieder beschleunigt hat. Dabei könnte das Bestreben der Unternehmer eine Rolle spielen, teilweise stark reduzierte Gewinnspannen bei einer Belebung der Nachfrage wieder zu vergrößern.

Die Entwicklung in diesem Jahre bestätigt für Westeuropa die These von der weitgehenden – wenn auch von Land zu Land verschieden ausgeprägten – Verselbständigung des Kosten- und Preisauftriebs im Konjunkturverlauf. Die wirtschaftspolitischen Instanzen sind dadurch in ein ausgeprägtes Dilemma geraten, an dem sie allerdings keineswegs unschuldig sind. So haben sie im Konflikt zwischen dem Beschäftigungs- und Stabilitätsziel dem ersteren immer wieder eindeutig den Vorrang eingeräumt, wie die Konjunkturankurbelung ohne Rücksicht auf den starken Preisauftrieb in Großbritannien, Schweden und Italien gezeigt hat. Dabei spielte zweifellos eine Rolle, daß die aus der ständigen Passivierung der US-Zahlungsbilanz resultierende Überschwemmung der Weltwirtschaft mit internationaler Liquidität außenwirtschaftliche Hemmungen für eine expansive Wirtschaftspolitik in den außeramerikanischen Industrieländern weitgehend beseitigte.

Wenig wirksame Preiskontrollen

Das Dilemma der Wirtschaftspolitik besteht gegenwärtig weithin darin, daß auch eine beschäftigungspolitisch erwünschte Beschleunigung der Nachfrageexpansion zwangsläufig die Überwindungsspielräume wieder vergrößert und damit einem bereits weitgehend verselbständigten Kosten- und Preisauftrieb noch weniger Hindernisse entgegenstehen als in der Konjunkturlaute. Geradezu zwangsläufig wird sich daraus – wie jüngster Zeit z. B. in Großbritannien bereits beobachtet – der Ruf nach weiteren direkten staatlichen Eingriffen in den Preis- und Lohnbildungsprozeß ergeben. Die bisherigen Erfahrungen mit derartigen Instrumenten, die in den letzten Jahren in verschiedener Form bereits in allen Industrieländern außer der BR Deutschland, der Schweiz und Japan angewandt wurden, waren allerdings keineswegs ermutigend. Die Wirksamkeit von Preiskontrollen war in der Regel nur auf wenige Monate begrenzt. Auch der Hinweis auf den nur noch mäßigen Lohn- und Preisauftrieb in den USA liefert keinen eindeutigen Gegenbeweis. Denn die Preis- und Lohnregulierung wurden dort zu einer Zeit ergriffen, als die inflationären Kräfte bereits nachließen; in der gegenwärtigen Aufschwungsphase wirken vor allem die kräftigen Produktivitätssteigerungen ohnehin den Kostenauftrieb entgegen. Er wird sich aber mit zunehmender Ausschöpfung der ungenutzten Ressourcen auch in den USA wieder verstärken und den Preisanstieg stimulieren.

Gehemmte europäische Stabilitätspolitik

Der annähernde inflationäre Gleichschritt in Westeuropa ist sicherlich zum Teil Ausdruck ähnlicher gesellschaftlicher Einflüsse auf die Lohn- und Preisbildungsprozesse sowie auf die Bestimmungsründe wirtschaftspolitischen Handelns. Zugleich ist darin jedoch auch ein Indiz für die fortgeschrittene wirtschaftliche Verflechtung der Industrieländer dieses Raumes zu sehen. Insofern ist der sich ausbreitende Ruf nach einer gemeinsamen Stabilitätspolitik im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion konsequent – und nicht allein Alibi für nationale Untätigkeit. Bereits die ersten konkreten Hinweise lassen allerdings schwerwiegende Differenzen über das einzusetzende Instrumentarium erkennen, hinter denen sich offenbar teilweise auch unterschiedliche Zielprioritäten verbergen. In müßte unter diesen Umständen schon fast als ein Wunder angesehen werden, wenn es den Partnerländern der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im kommenden Konjunkturaufschwung gelänge, eine erneute Verstärkung des gegenwärtigen Preisauftriebs zu vermeiden.